

Der 18. September

MICHAEL OPIELKA

Der Essay:

Brüder, zum Lichte empor!

Scheidewege sozialdemokratischer Sozialpolitik



Die russische Volksweise, die zum Abschluss sozialdemokratischer Parteitage in einer Nachdichtung des Dirigenten Hermann Scherchen aus dem Jahr 1918 gesungen wird, spiegelt eine Leidenschaft, die der SPD unterdessen abhanden gekommen scheint. Zwar wirkt die fünfte Strophe jenes Liedes heute wenig aktuell: »Brüder, ergreift die Gewehre, auf, zur entscheidenden Schlacht! Dem Kommunismus zur Ehre, ihm sei in Zukunft die Macht!« So beschränkt man sich einfach auf die ersten drei Strophen, die gleichwohl wuchtig enden: »heilig die letzte Schlacht«. Die mythische, eschatologische Sprache einer kämpferischen Arbeiterbewegung steht in merkwürdigem Kontrast zur *Agenda 2010*, einem sozialdemokratischen Reformpaket zur Universalisierung des Wettbewerbsgedankens.

Kultur vs. Struktur

Wenn der Strukturwandel beschleunigt wird, die *Agenda 2010* war solch ein Beschleunigungsversuch, wird der Blick auf den ihn begleitenden wie vorgängigen Kulturwandel drängend. Im grünen Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2005 heißt es sibyllinisch: »Es war ein Fehler, die Arbeits-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zu sehr der SPD zu überlassen.« Selbstkritisch formuliert, kritisch gemeint, objektiv ratlos. Die Sozialpolitik, lange Zeit als Kompensationsveranstaltung marktwirtschaftlicher Verwerfungen abgetan, trat auf die Bühne. Noch nie wurde in Deutschland so heftig über sozialpolitische Themen diskutiert wie seit dem Jahr 2003, dem Jahr der *Agenda 2010*, der Rürup- wie der Herzog-Kommission, der Kontroversen um Bürgerversicherung und Kopfpauschale, um *Hartz IV* und »Reichensteuer«.

Noch im Jahr 2004, angesichts rechtsextremer Wahlerfolge in Brandenburg und Sachsen, befürchtete man einen Aufschwung des Rechtspopulismus. Schon ein Jahr später beschwerten sich sozialdemokratische wie konservativ-liberale Eliten über einen im Nachkriegsdeutschland unbekanntes Linkspopulismus. Die politische Kulturforschung tut sich mit den Diagnosen schwer. Die Bevölkerung scheint gefühlsschwankend, manipulierbar. Wer freilich die politische Kultur im Deutschland der letzten Jahre aufmerksam verfolgte, wundert sich weniger.

Während die Regierung Kohl 1982 mit dem Code einer »geistig-moralischen Wende« auftrat, rackerte das konservativ-liberale Lager seit der Machtabgabe an Rot-Grün 1998 für eine »ökonomisch-moralische Wen-

de«, eine eigentümliche Mischung aus starkem Neoliberalismus und schwachen Neokonservatismus. Kaderorganisationen wie die INITIATIVE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT oder der BÜRGERKONVENT bearbeiteten die Öffentlichkeit. Die Werte, um die es jetzt gehen soll, sind schlicht ökonomische Werte. Die West-Ost-Spaltung ist hier eine Kulturspaltung. (West-)Deutschland definierte sich über wirtschaftlichen Erfolg, über die Dominanz des Ökonomischen, des anscheinend Ideologiefreien, Objektiven. Mit der deutschen Einheit trat eine politische Kultur bei, die sich über die Dominanz des Politischen definierte, keineswegs ideologiefrei, aber gleichwohl mit dem Pathos des Objektiven, eines »wissenschaftlichen Sozialismus«. Der schwache, im internationalen Vergleich als »konservativ« geltende Sozialstaat der alten Bundesrepublik fusionierte mit dem radikalen Wohlfahrtsstaat DDR. Vorderhand wurden die westlichen sozialpolitischen Strukturen durchgesetzt. Die Kultur änderte sich kaum.

»Man weiß nicht genau, was man will, aber man macht etwas.«

Parteiendemokratie?

15 Jahre nach der staatsrechtlichen Einheit brechen jene sozialpolitischen Kultur-Konflikte auf. Dass sie vor allem die SPD treffen, in Gestalt der LINKSPARTEI und symbolisiert durch den Übertritt ihres Ex-Vorsitzenden Oskar Lafontaine, ist kein Zufall. Mehr als alle Konkurrenten ist die SPD eine Programmpartei. Ihr Berliner Programm wurde 1990 noch vor der deutschen Einheit fixiert. Der überhastete Schröder-Müntefering-Neuwahlbeschluss vom 22. Mai 2005 unterbrach den Prozess der Arbeit am neuen Grundsatzprogramm. Statt dessen stellte die Parteiführung die *Agenda 2010* zur verspäteten Ratifizierung durch die Bevölkerung. Die Partei wird umgangen. Das ist nicht kostenfrei.

Wer sich an die TV-Übertragungen des Leipziger Parteitages der CDU vom Dezember 2003 erinnert, auf dem Angela Merkel die Übernahme der Vorschläge der Herzog-Kommission durchsetzte, vor allem die Einführung einer Kopfpauschale zur Finanzierung der Gesundheitskosten, muss starkes Langzeitvertrauen in die Demokratie mobilisieren. Auf die Nachfragen der Reporter konnte kein Delegierter erklären, worüber eigentlich abgestimmt wird. Seitdem wurde im *Top-Down*-Modus, durch Regionalkonferenzen und grobe Vereinfachungen, die Partei- und Wählerbasis auf Reformen eingeschworen, deren Sinn sich nur neoklassischen Ökonomen erschließt. Bereits ein Blick in das einzige real existierende Kopfpauschalen-Land, die Schweiz, müsste den konservativen Reformfuror dämpfen. Nirgendwo in Europa steigen die Gesundheitskosten derart.

Insoweit entspricht die dumpfe Skepsis eines relevanten Teils der Bevölkerung gegen die sozialpolitischen Innovationen von christ- wie sozialdemokratischer Seite den weitgehend fehlenden diskursiven Reflexionen innerhalb der beiden großen Volksparteien. Das spricht für eine große Koalition. Man weiß nicht genau, was man will, aber man macht etwas. Das war schon so bei der Wirtschafts- und Währungsunion im Juni 1990, deren Mängel in den folgenden anderthalb Jahrzehnten die deutsche Wirtschaftskraft lähmten. Damals regierte eine konservativ-liberale Bundesregierung mit einem soeben (Dank Gerhard Schröder

ders Wahlsieg in Niedersachsen) sozialdemokratisch beherrschten Bundesrat.

»Die Parteien wirken an der politischen Willensbildung des Volkes mit«, heißt es in Art. 21 des GG. Wahlen in einer Demokratie werden meist mit dem Verweis auf geplante Veränderungen gewonnen. In einer hoch ausdifferenzierten, modernen Gesellschaft sind Veränderungen stets Eingriffe in Wirkungsflechte, die ohne Expertenwissen – und oft genug auch damit – zu unerwünschten Nebenfolgen führen. Die Befunde der Demokratieforschung stimmen viele Beobachter skeptisch, ob der Wohlfahrtsstaat überhaupt demokratiefähig sei. Der Pessimismus ist unberechtigt. Hat das Volk tatsächlich etwas zu sagen, existiert eine möglichst freie Öffentlichkeit und sind die Eliten einigermaßen lauter, dann verlaufen die Willensbildungsprozesse zwar etwas langsamer, aber dafür umso nachhaltiger. Hierfür ist die Schweiz ein exzellentes Beispiel. Ohne Referenden hätte es die selbst von der WELTBANK als international vorbildlich gerühmte Grundrentenversicherung AHV, eine Bürgerversicherung mit steuerähnlichen Beiträgen, nicht gegeben. Natürlich macht das Volk Fehler. Die 1996 erfolgte Einführung der Kopfpauschalen für die Krankenversicherung gilt heute der Mehrheit der Schweizer als ein solcher.

**»Demokratie
ist im guten
Fall kein Event-
Programm.«**

Politik und Kultur sind eng verwoben. Demokratie ist im guten Fall kein dauernder Voluntarismus, kein *Event*-Programm. Jürgen Habermas, der prominenteste Vertreter einer »prozeduralen Demokratie«, vertraut auf die diskursiven, kommunikativen Verfahren selbst, auf ihre implizite, wenngleich stets kontingente, vorläufige Wahrheitsfindung. Da politische Einstellungen nicht nur in Interessen, sondern auch in Werten gründen, muss über Werte kommuniziert werden. Die SPD hatte sich dieser Erkenntnis explizit mit der Einrichtung von Grundwertekommissionen gestellt. Der oft gescholtene und doch notwendige Trend zu Ethik-Kommissionen auf allen möglichen Gebieten reflektiert den Legitimationsbedarf einer säkularen Gesellschaft. Wir wollen wissen, *warum* wir etwas tun wollen. Die sozialpolitische Trance der Gegenwart rührt, so kann man vermuten, auch daher, dass die erfolgten wie anstehenden Strukturentscheidungen nur noch vage an die Wertorientierungen der Bürger gekoppelt sind.

Sozialpolitische Werte

Der Verfassungstheoretiker Ernst-Wolfgang Böckenförde hat das Problem auf die vielzitierte Formel gebracht: »Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist.« Er fährt dann fort: »Der Staat, auf die inneren Bindungskräfte nicht mehr vertrauend oder ihrer beraubt, wird dann auf den Weg gedrängt, die Verwirklichung der sozialen Utopie zu seinem Programm zu erheben. (...) So wäre denn noch einmal – mit Hegel – zu fragen, ob nicht auch der säkularisierte weltliche Staat letztlich aus jenen inneren Antrieben und Bindungskräften leben muss, die der religiöse Glaube seiner Bürger vermittelt.« Der Verweis auf Hegel erinnert daran, dass komplex gedacht werden muss.

In der Alltagspolitik, erst recht vor Wahlen, ist das schwer. Das ist das Feld der Anwendung, nicht der Grundlagen. Für diese braucht es Sammlung und Gelassenheit. Man mag einwenden, dass sozialpolitische Konflikte der Gegenwart mit »religiösem Glauben« doch nichts zu tun hätten. Das wäre vorschnell. Man muss Religion weit fassen. Religion ist, folgt man neueren religionssoziologischen Befunden, theoretische und praktische Letztwertbegründung. »Letzte Werte« behaupten nicht nur die klassischen Weltreligionen. Auch die wissenschaftlich-materialistische Religion des Marxismus wie die psychologische Religion des radikalen Subjektivismus sind von diesen überzeugt. Im Marxismus ist es die soziale Utopie von Sozialismus/Kommunismus, im Subjektivismus sind es die Menschenrechte. Beides fasste der große amerikanische Soziologe Talcott Parsons unter den Begriff des »säkularen Humanismus«, neben dem Christentum der große Unterstrom unserer Zeit.

Während in den Weltreligionen Theologen und Sozialethiker für die Interpretation der Schriftweisheit sorgen, gelten im säkularen Humanismus Philosophen und Sozialwissenschaftler als Deutungsexperten. In den letzten Jahren übernahmen vor allem Ökonomen die Meinungsführerschaft in der sozialpolitischen Werthermeneutik. Während noch 1997, vor der rot-grünen Wende, das ökumenische Sozialwort beider christlichen Kirchen für einen starken Wohlfahrtsstaat plädierte, stimmte Ende 2003 der Impulstext *Das Soziale neu denken* der katholischen Bischöfe auf eine von Kritikern wie dem Jesuiten-Sozialethiker Friedrich Hengsbach als »neoliberal« gescholtene Wertepolitik ein, die mit der *Agenda 2010* ihren Frieden machte.

Der Wert »Soziale Gerechtigkeit« ist gewiss interpretationsbedürftig. In der Politik gibt es, anders als Carl Schmitt oder Eric Voegelin einst behaupteten, keine Wahrheit. Die Sozialdemokratie wäre womöglich gut beraten, wenn sie »zur Sonne, zur Freiheit« als lebendigen Mythos wieder entdeckt. Was könnte das konkret heißen? Offensichtlich verletzte die ohne selbst parteiinterne Willensbildung kreierte *Agenda 2010* die Gerechtigkeitsempfindungen in Partei und Bevölkerung. Die Behauptung funktionaler Notwendigkeiten kann zwar durch Erfolg überzeugen (Wirtschaftswachstum oder ein Sinken der Arbeitslosigkeit). Kluge Politik geht freilich über effizientes Management hinaus. Sie berücksichtigt die Idee der Demokratie, die Freiheit der Willen aller Bürger.

Die Umstellung des deutschen Sozialpolitiksystems auf eine »starke« Bürgerversicherung wäre wohl demokratie- und gerechtigkeitsadäquat. Hier war die SPD (wie DIE GRÜNEN) zu zögerlich, um offensiv gegen die konservativ-liberale Scheinutopie einer wenig verbrämten Marktgesellschaft in Stellung zu stehen. Ihr stand die überkommene Vision einer (Erwerbs-) Arbeitsgesellschaft im Wege, die durch »Aktivierung« von oben erzwungen werden soll. Eine umfassende Bürgerversicherung würde jedem Bürger ein Grundeinkommen garantieren und durch »Sozialsteuern« auf alle Einkommen, ohne Obergrenze, finanziert. Das wäre kein »Kommunismus«, vielleicht ein Schritt in Richtung »demokratischer Sozialismus« und neuer Gesellschaft, gewiss aber ein Beitrag zur sozialen Demokratie.

»Die Sozialdemokratie wäre womöglich gut beraten, wenn sie »zur Sonne, zur Freiheit« als lebendigen Mythos wieder entdeckt.«